



Stenographisches Protokoll

Plenarsitzung

4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

20. November 2024

XXVIII. Gesetzgebungsperiode

Nationalratssaal

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 20. November 2024

Inhaltsverzeichnis

Wortmeldungsarten

keine Wortmeldungen

RN Randnummer

Zitierbeispiel: Sten. Prot. NR 11. Sitzung, 7.3.2025, RN 8

Impressum

Parlamentsdirektion
1017 Wien

Sitzungsbeginn15.11 Uhr [RN/1](#)**Sitzungsende**15.12 Uhr [RN/3](#)**Personalien**Verhinderungen [RN/2.1](#)**Ausschüsse**Zuweisungen [RN/2.2](#)Anhang [RN/4](#)

RN/1

Beginn der Sitzung: 15.11 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. Walter Rosenkranz.

RN/2

Präsidium

Präsident Dr. Walter Rosenkranz: 4. Sitzung des Nationalrates – die Sitzung ist eröffnet.

RN/2.1

Als verhindert gemeldet sind die Abgeordneten Mag. Marie-Christine Giuliani-Sterrer, BA, Ing. Norbert Hofer, Johannes Schmuckenschlager, Mario Lindner und Leonore Gewessler, BA.

RN/2.2

Zuweisungen

Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die Mitteilungsliste ist unter folgendem Link abrufbar:

[Mitteilungsliste](#)

Ich weise die Anträge 16/A und 17/A jeweils dem Budgetausschuss zu.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Mittwoch, den 11. Dezember 2024, 9 Uhr, ein.

Die Tagesordnung ergeht auf schriftlichem Wege.

Die Sitzung ist geschlossen.

RN/3

Schluss der Sitzung: 15.12 Uhr

RN/4

Anhang

**Während der Sitzung eingebrachte Anträge im Gesamtwortlaut und
Mitteilungsliste**



Mitteilung

gemäß § 23 Abs. 4 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975

4. Sitzung des Nationalrates im Anschluss an die 3. NR-Sitzung

Zuweisungen in dieser Sitzung:

zur Vorberatung:

Budgetausschuss:

Bundesgesetz, mit dem das Bundeshaushaltsgesetz 2013 geändert wird (10 d.B.)

Antrag der Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen betreffend Streichung der KIM-Verordnung – Schaffen von Wohnraum muss wieder finanziert werden (7/A(E))

Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz zum Schutz der biologischen Geschlechter vor woker Genderideologie, mit dem das Bundesgesetz über die Gleichbehandlung im Bereich des Bundes (Bundes-Gleichbehandlungsgesetz) geändert wird (8/A)

Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über die zwei biologischen Geschlechter, mit dem das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger geändert wird (9/A)

Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Wiedereinführung der abschlagsfreien Pension mit 540 Beitragsmonaten für alle Berufsgruppen (10/A(E))

Antrag der Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen betreffend Nein zum EU-Masterplan der Bargeldabschaffung durch das Trojanische Pferd Digitaler Euro (11/A(E))

Antrag der Abgeordneten Christian Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Keine ORF-Zwangssteuer für Menschen mit Behinderung (12/A(E))

Antrag der Abgeordneten Christian Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung (13/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Romana Deckenbacher, Josef Muchitsch, Mag. Agnes Sirkka Prammer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgegesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966 und das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz geändert werden (2. Dienstrechts-Novelle 2024) (14/A)

Antrag der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Dr. Alma Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975, das Staatsanwaltschaftsgesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Finanzstrafgesetz, das Justizbetreuungsagentur-Gesetz und das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 geändert werden (Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2024) (15/A)

Wien, 2024 11 20